

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 17. September 2015
im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend: Bürgermeister Dr. Michael Wilke als Vorsitzender

Berg
Bernnat
Böhringer
Di Prima
Escher
Glattacker
Jaenisch
Kiefer
Lindemer
Martin (in Vertretung Wernthaler)
Pichlhöfer (in Vertretung Denzer)
Salach
Simon
Vogel
Vogelpohl
Wiesiollek

Entschuldigt: Denzer, Wernthaler

Ferner: Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Staub-Abt
Fachbereichsleiter Bauer (bis 18.30 Uhr)
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Krieger
Fachbereichsleiter Sproß
Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.00 Uhr)
Frau Kilian
Frau von Loeben
Herr Fessler
Herr Lüers

Urkundspersonen: Stadträte Di Prima und Dr. Vogelpohl

Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß

Beginn: 17:35 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

TOP 1

Sachstandsbericht Giganetz II - mündlicher Bericht;

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt Herrn Beußel, Regio-Manager der Telekom.

Fachbereichsleiter Dullisch gibt einen Sachstandsbericht zum Vorhaben Giganetz II (Anlage 1). Er erläutert den zeitlichen Ablauf, wonach die Straßenbauarbeiten fertiggestellt seien und nunmehr die Verkabelung durch die Telekom beginne. Er berichtet über die in diesem Zusammenhang erneuerten Gehwegflächen und Straßenbeleuchtungskabel.

Herr Beußel bestätigt die gute Zusammenarbeit mit der Stadt. Mit der Fertigstellung des Gesamtprojekts sei im November 2015 zu rechnen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

TOP 2

Antrag der Grundschule Tumringen auf Einrichtung einer Ganztagschule in Wahlform nach § 4 Schulgesetz

Vorlage: 127/2015

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und begrüßt Frau Huber, Leiterin der Grundschule Tumringen. Auf seine Nachfrage besteht im Ausschuss kein Erörterungsbedarf.

Stadtrat Bernnat hält die Einrichtung des Ganztagesangebots in Wahlform für eine gute Sache und lobt die Schulen.

Stadtrat Pichlhöfer erkundigt sich nach den damit verbunden Folgekosten.

Stadträtin Martin signalisiert die Zustimmung der Grünen-Fraktion. Sie geht auf den sozialen Aspekt der Bezuschussung bzw. des Elternbeitrags ein. Es bestehe hier die einmalige Chance für eine Weichenstellung, in dem bei der Betreuung von Kindern finanziell benachteiligter Eltern kein Beitrag erhoben werde.

Stadträtin Jaenisch stimmt im Namen der CDU-Fraktion dieser sowie der nachfolgenden Beschlussvorlage zu und zeigt sich von den Schulen überzeugt.

Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald nimmt zu den Kosten Stellung. So seien 30.000 EUR als kommunaler Zuschuss der Stadt für das Ganztagsangebot angedacht. Sie stellt dar, dass der Ganztageseschulbetrieb von 8 bis 15 Uhr kostenfrei und die Betreuungsangebote in den Randzeiten kostenpflichtig und durch die Eltern zu finanzieren seien. Der Vorsitzende ergänzt, dass der Kostenbeitrag für bedürftige Familien reduziert sei. Auf weitere Nachfrage von Stadträtin Martin erklärt er, dass eine weitere Reduzierung eine grundsätzliche Änderung des Kostenmodells der Stadt bedeuten würde.

Stadtrat Vogel erkundigt sich nach dem Verhältnis der Grundschulen untereinander und nach den Erfahrungen mit Schulwechseln.

Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald berichtet von der Tendenz von Halbtags- zu Ganztagschulen oder speziellen Konzeptionen wie bspw. Montessori. Im Falle eines Schulbezirkswechsels bedürfe es eines Antrags beim Schulamt.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Für die Grundschule Tumringen wird ein Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule in Wahlform nach § 4 Schulgesetz gestellt. Die Ganztagschule startet zum Schuljahr 2016/17.

TOP 3

Antrag der Fridolinschule auf Einrichtung einer Ganztagschule in Wahlform nach § 4 Schulgesetz

Vorlage: 123/2015

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und begrüßt Frau Mörh, Leiterin der Fridolinschule.

Auf Nachfrage von Stadträtin Martin erläutert Frau Mörh das angedachte neue Zeitmodell.

Fachbereichsleiter Sproß merkt an, dass die städtischen Mittel vorrangig in das angebotene Mittagessen fließen.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Für die Fridolinschule wird ein Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule in Wahlform nach § 4 Schulgesetz gestellt. Die Fridolinschule ist bereits als Ganztagsgrundschule in Form des bisherigen Schulversuchs genehmigt und als solche schon in Betrieb. Die neue Form der Ganztagschule startet zum Schuljahr 2016/17.

TOP 4

Unbefristete Einrichtung des Projektes "Stadtteileltern in Lörrach"

Vorlage: 124/2015

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und begrüßt hierzu Frau Götzmann vom Caritasverband Lörrach.

Stadträtin Jaenisch lobt das Angebot und freut sich, dass für die Aufgabe als Stadtteileltern auch ein Mann gefunden wurde.

Stadtrat Bernnat schließt sich der Zustimmung an. Er erklärt, dass sich die Stadt auf vielen Ebenen sozial engagiere und das Projekt absolut notwendig sei. Auch hält er den Kontakt zu weiterführenden Schulen für wichtig.

Stadtrat Lindemer stimmt der Beschlussvorlage zu und bedauert, dass sich die übergeordneten Ebenen aus der Finanzierung zurückziehen.

Von Stadträtin Martin gibt an, dass statistische Zahlen zur Inanspruchnahme des Angebots wünschenswert seien.

Der Vorsitzende verweist hierzu auf die Anlage des Sachberichts 2014.

Auf Nachfrage von Stadtrat Vogel verdeutlicht der Vorsitzende, dass es sich bei dem Angebot um eine Lebensbegleitung handle.

Hierauf stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat stimmt der unbefristeten Einrichtung des Projektes „Stadtteileltern in Lörrach“ vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen mit einer jährlichen Finanzierung in Höhe von 24.000 € unter der Voraussetzung zu, dass die Ko-Finanzierung in derselben Höhe durch das Landratsamt Lörrach erfolgt.

TOP 5

Einrichtung eines Fachdienstes mobile Obdachlosenbetreuung bei dem AGJ* Fachverband für Prävention und Rehabilitation in der Erzdiözese Freiburg e. V. (im Folgenden AGJ)

***Arbeitsgemeinschaft Gefährdetenhilfe und Jugendschutz**

Vorlage: 132/2015

Der Vorsitzende begrüßt Frau Ziegler und Herrn Heinz von der AGJ und erklärt, dass Obdachlosigkeit und die Unterbringung obdachloser Menschen zunehmendes Thema in der Stadt werden. Er erläutert die Idee der Einrichtung eines Fachdienstes mobile Obdachlosenbetreuung für die Dauer von zwei Jahren.

Die Stadträte Escher, Böhringer und Pichlhöfer sowie Stadträtin Martin stimmen dem Anliegen zu.

Der Vorsitzende verspricht einen Zwischenbericht im nächsten Jahr.

Stadtrat Pichlhöfer erkundigt sich nach den Erfolgen bei der Eingliederung Obdachloser in das „geregelte Leben“. Herr Heinz berichtet, dass mit Unterstützung gute Chancen bestehen. Das Wohnungsthema dränge hierbei am meisten.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales stimmt einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Einrichtung eines Fachdienstes mobile Obdachlosenbetreuung mit einem Stellenumfang von 50 % ab dem Jahr 2016 wird für die Dauer von zwei Jahren zugestimmt.

TOP 6

Neufassung der Geschäftsordnung der Internationalen Kommission

Vorlage: 130/2015

Der Vorsitzende geht auf den Hintergrund für die Neufassung der Geschäftsordnung ein.

Die Stadträte Kiefer, Bernnat und Lindemer sowie Stadträtin Salach stimmen der Vorlage zu und danken für die Arbeit der Kommission.

Stadtrat Lindemer erkundigt sich nach der Möglichkeit der Einbindung von Asylbewerbern in die IK.

Der Vorsitzende bestätigt, dass dies ein großes Thema sei, welches jedoch die ehrenamtlichen Kräfte der IK übersteige. Als Unterstützungsangebote der IK benennt er u.a. den Dolmetscherpool, das Sommerfest und die Willkommenskultur.

Fachbereichsleiter Krieger merkt ergänzend an, dass eine Teilnahme der Asylbewerber an den öffentlichen Kommissionssitzungen grundsätzlich möglich wäre.

Sodann stimmt der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Neufassung der Geschäftsordnung der Internationalen Kommission wird zugestimmt.

TOP 7

Vorstudie zur Gestaltung der Palmstraße

Vorlage: 136/2015

Der Vorsitzende begrüßt zunächst Herrn Bautz von der Firma Gruner, der im Folgenden die Vorstudie zur Gestaltung der Palmstraße vorstellt. Er hebt zudem hervor, dass es sich bei der Neugestaltung der Palmstraße um einen wichtigen Baustein im Rahmen der Entwicklung des Bahnhof-Quartiers handle. Auch im Hinblick auf die Zukunft des geplanten Dienstleistungszentrums sei die Palmstraße von erheblicher Bedeutung.

Herr Bautz stellt sodann die Vorstudie zur Entwicklung der Palmstraße anhand einer Präsentation vor (Anlage 2).

Stadtrat Escher moniert, dass seitens des Gemeinderats kein Auftrag zur Entwicklung einer Vorstudie erteilt worden sei. Er wolle wissen wer die Planung in Auftrag gegeben habe und was diese gekostet habe. Zudem fragt er, wie es nun mit dem geplanten Dienstleistungszentrum weitergehe. Die bisherigen Planungen des Dienstleistungszentrums seien unter den Voraussetzungen erfolgt, dass ein Tiefgaragenverbund geschaffen und die Luisenstraße zur Belieferung angebunden wird. Dadurch hätte eine erhebliche Verkehrsentslastung geschaffen werden können. Er gibt an, dass die Planungen zur Neugestaltung der Palmstraße verfrüht seien. Zunächst müsse man sich über den Fortgang des Projektes Dienstleistungszentrum im Klaren sein. Für ihn sei indes nicht verständlich, dass das Dienstleistungszentrum nun über die Palmstraße angefahren werden solle, wo man doch schon seit Jahren versucht, die Innenstadt von erhöhtem Verkehrsaufkommen zu befreien. Die Fraktion der CDU wolle, vorbehaltlich der Fraktionssitzung, der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Simon äußert, dass sich die Fraktion der SPD über die Vorlage noch nicht abschließend beraten habe. Er gibt an, dass eine Neugestaltung der Palmstraße in dieser Form eine erhebliche Änderung für die Stadt darstelle.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass auch die Fraktion der Freien Wähler die Vorlage nochmals beraten wolle. Tendenziell wolle die Fraktion der Vorlage aber nicht zustimmen.

Stadträtin Wiesiollek befindet, dass die Variante C zur Neugestaltung der Palmstraße von der Fraktion der Grünen favorisiert werde, insgesamt aber immer eine Verkehrsberuhigung an erster Stelle stehe. Die Thematik müsse deshalb nochmals diskutiert werden.

Stadtrat Escher führt aus, dass er kein großes Verständnis für Wünsche des Landratsamtes oder der Firma Widerkehr habe. Das Gestaltungsrecht liege grundsätzlich beim Gemeinderat. Der Verkehr müsse aus der Innenstadt heraus und nicht hinein. Die Planungen sollten ruhen, bis in Sachen Dienstleistungszentrum Klarheit bestehe.

Der Vorsitzende betont, dass man sich in der Tat noch in einer Planungsphase befinde. Die Vorstudie zur Gestaltung der Palmstraße sei ein Resultat aus vielen Gesprächen zwischen der Stadt mit dem Landkreis und dem Investor. Die bisherigen Partner, der Landkreis und die Firma Widerker, hätten sich getrennt. Es werde kein gemeinsames Gebäude entstehen und das zunächst miteingeplante Grundstück werde nicht an Dritte verkauft. Man könne davon ausgehen, dass das Projekt in der bisher geplanten Form nicht kommen werde. Ein Tiefgaragenverbund sei zwar technisch möglich, jedoch wolle sich niemand an den veranschlagten Kosten von 500.000,00 Euro beteiligen. Zudem wolle der Landkreis nicht auf die Zufahrt zum Landratsamt in der Palmstraße verzichten. Die Variante, bei der die Belieferung der Dienstleistungszentrums über die Luisenstraße, den Parkplatz des Finanzamtes und den Sarasinweg erfolgen solle, sei ohnehin ungünstig und kaum realisierbar. Die nun vorgelegte Vorstudie resultiere aus klaren Aussagen der Pro-

jektpartner und werde deshalb den Gremien vorgelegt. Die Vorlage solle auch im Hauptausschuss nochmals thematisiert werden.

Stadtrat Berg erläutert, dass sich das Projekt Dienstleistungszentrum nun schon seit mehr als zehn Jahren hinziehe. Die jetzige Situation sei ein Desaster. Die Beharrlichkeit des Landratsamtes und der Firma Widerker sei ignorant und enttäuschend. Er wolle wissen, wie hart die Stadt in den Verhandlungen aufgetreten sei. Zudem interessiere ihn, warum die Landrätin nach wie vor an der Zufahrt über die Palmstraße festhalte.

Stadtrat Böhringer erklärt, dass gar nicht sicher sei, ob das Finanzamt seinen Parkplatz für angegebene Vorhaben zur Verfügung stelle.

Der Vorsitzende sagt, dass das Finanzamt in der Sache zugestimmt habe. Von Seiten des Investors werde es ein Dienstleistungszentrum nur dann geben können, wenn die Zufahrt für die Belieferung abschließend geklärt sei.

Stadtrat Escher schließt sich Stadtrat Berg an. Die Landrätin solle in den Gemeinderat kommen und ihre Haltung erklären. Wenn sich keine Lösung finde, müsse man von dem Projekt Dienstleistungszentrum in dieser Form Abstand nehmen. Die Belieferung des Dienstleistungszentrums über die Luisenstraße sei eine Voraussetzung für die bisherigen Planungen gewesen.

Der Vorsitzende gibt an, dass sich die Rahmenbedingungen durchaus geändert hätten. Es sei durchaus legitim, dass man nun kein Dienstleistungszentrum mehr wünsche. Die Anlieferung des Dienstleistungszentrums könne sichergestellt werden, wobei auch weitere Poller zum Einsatz kommen könnten. Mit einer attraktiven Gestaltung der Palmstraße wolle man eine gute Voraussetzung für das Dienstleistungszentrum schaffen.

Stadtrat Pichlhöfer fügt an, dass man sich von dem Projekt verabschieden solle. Der Verkehr in der Innenstadt müsse weiter entlastet werden.

Der Vorsitzende sagt, dass er die weiteren Beratungen der Fraktionen zu der Thematik abwarten wolle.

TOP 8

Untersuchungen für den Lärmaktionsplan Lörrach: Beschluss

Vorlage: 119/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und begrüßt Herrn Wahl von der Firma RAPP Trans, der im Folgenden für fachliche Auskünfte zur Verfügung stehe. Auf einen Sachvortrag solle indes verzichtet werden, sodass die Fraktionen direkt die Möglichkeit zur Stellungnahme erhalten. Er stellt den Wunsch der Fraktionen zu einer getrennten Beratung der beiden Vorlagen zu der Thematik Lärmaktionsplan fest. Die Untersuchungen zum Lärmaktionsplan seien Empfehlungen der Gutachter und keine direk-

ten straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen. Zudem seien die Stellungnahmen der betroffenen Bürger sowie der Träger öffentlicher Belange in der Vorlage enthalten.

Stadtrat Escher gibt an, dass die Vorlagen ein sehr umfangreiches Werk darstellen würden. Er könne den Vorlagen in der vorliegenden Form nicht zustimmen. Nicht alle inhaltlichen Punkte seien glaubwürdig und authentisch. Die Beschlussvorlagen seien zudem unvollständig, da die Stellungnahme des Polizeipräsidiums, einem Träger öffentlicher Belange, nicht enthalten sei. Die Definition von Verkehrssicherheit des Rathauses werde durch das Polizeipräsidium als Fachbehörde anders interpretiert. Er selbst schenke dem Inhalt nicht vollkommen Glauben und er wolle auch nicht allen Empfehlungen folgen. Mit weiteren Aussagen wolle er sich bis zur Sitzung des Gemeinderats zurückhalten.

Stadtrat Bernnat hält die vorgelegten Untersuchungen für eine gute Grundlage für die weitere Diskussion. Die Firma RAPP Trans habe sehr gute Arbeit geleistet. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage soweit zustimmen.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Fraktion der Freien Wähler sich nochmals intern beraten wolle. Sie benötige hierzu noch weitere Informationen.

Stadtrat Berg signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Die gesetzliche Grundlage für die Lärmkartierung halte er langfristig für sinnvoll und gut. Auch die Untersuchungen erachte er für valide und fundiert. Interessant sei, dass sich die Ergebnisse der Untersuchung mit den Bedürfnissen der Bürger decke. Die Thematik an sich bewege die Bürger. Er freue sich über die große Bandbreite der Stellungnahmen der Bürger. Die laut Stadtrat Escher fehlende Stellungnahme des Polizeipräsidiums Lörrach sei keine Stellungnahme zu den Untersuchungen zum Lärmaktionsplan, sondern zu der Thematik Wallbrunnstraße.

Der Vorsitzende tut kund, dass die Vorlage nicht die Verkehrssicherheit in Lörrach aufgreife, sondern Maßnahmen zur Minderung von Lärm. Bei den vorgelegten Maßnahmen handle es sich zunächst um Empfehlungen der Gutachter. Die Stellungnahme des Polizeipräsidiums haben die Gemeinderäte erhalten.

Stadtrat Escher wolle die Aussage von Stadtrat Berg richtigstellen. Für die Lärmkartierung gebe es keine rechtliche Grundlage. Der Lärmaktionsplan sei kein Gesetz, sondern lediglich eine EU-Richtlinie. Die Umsetzung der Maßnahmen nach dem Lärmaktionsplan halte er teilweise für in Ordnung, aber nie für gut.

Der Vorsitzende verweist auf die kommenden Beratungen in den Fraktionssitzungen und im Gemeinderat.

TOP 9

Lärmaktionsplan; Maßnahmen zur Lärminderung

Vorlage: 145/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein und gibt an, dass sich die vorgeschlagenen Maßnahmen der Vorlage aus den Empfehlungen der Gutsachter ableiten. Die Verwaltung habe viele Gespräche geführt und auch Nachuntersuchungen angestellt. Sie habe sich zudem mit der Frage beschäftigt, in welchen Fällen beziehungsweise bei welchen Maßnahmen es sich um verkehrsrechtliche Anordnungen handelt und in welchen der Gemeinderat entscheiden solle. Hierbei stehe man nach wie vor in engem Kontakt mit dem Regierungspräsidium Freiburg, um auch bei künftigen Entscheidungen - im Falle von Beschwerden bei der Rechtsaufsichtsbehörde - abgesichert zu sein. Die Verwaltung wolle transparent handeln. Es müsse nun erörtert werden, welche von den aus dem Gutachten abgeleiteten Maßnahmen man nun umsetzen wolle. Das Thema Lärmschutz müsse insgesamt weiter gefasst werden als reines Agieren mittels Geschwindigkeitsbegrenzungen, was aus den entsprechenden Unterpunkten in der Vorlage ersichtlich werde. In den Bereichen, in denen die Grenzwerte von 60 beziehungsweise 70 Dezibel tangiert werden, stehe der Verwaltung ein Ermessensspielraum zu. Dies sei beispielsweise in der Wallbrunnstraße der Fall. Die Dammstraße sei vorerst aus dem Maßnahmenkatalog herausgenommen worden, da die Lärmwerte mit Prognosezahlen berechnet wurden, die derzeit noch nicht gegeben seien. Zusätzlich arbeite die Verwaltung mit der Anbringung von Smileys, welche den Vorteil hätten, dass sie nicht nur zum langsamer fahren anhalten, sondern auch das Verkehrsaufkommen messen. Er rechne damit, dass der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog mehrheitsfähig sein könne.

Stadtrat Escher äußert, dass es sich bei dem vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog nicht um einen kompromissfähigen Vorschlag handle. Insgesamt sei die Fraktion der CDU sehr enttäuscht. Die CDU-Fraktion bezweifle nicht, dass es sich bei straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen um Angelegenheiten der Verwaltung handle. Jedoch müsse dem Gemeinderat in solchen Angelegenheiten ein Gestaltungsrecht eingeräumt werden. Alle Hauptverkehrsachsen der Stadt Lörrach würden systematisch lahm gelegt werden. In Lörrach würden Autofahrer denunziert werden. Er wolle an dieser Stelle festhalten, dass es sich bei Fahrern mit einem Tempo von 50 km/h nicht um Raser handle. Er wolle wissen, warum man diese Maßnahmen umsetzen müsse. Es müsse auch mal etwas für den motorisierten Verkehr getan werden, was einen wirklichen Kompromiss darstellen würde. Er sehe auch, dass Lärm krank mache und habe nichts dagegen, dass etwas für die Lärmreduzierung unternommen werde. Jedoch müsse man die vorgeschlagenen Maßnahmen nochmals ausführlich diskutieren.

Stadtrat Bernnat vergleicht das Auftreten des Stadtrats Escher mit dem des Pressesprechers des ADAC Südbaden zu seinen besten Zeiten, glaubt aber nicht, dass Autofahrer in Lörrach verfolgt würden. Die Fraktion der SPD hält die Vorlage für gut und durchaus für grundsätzlich mehrheitsfähig.

Stadtrat Berg erklärt, dass Lärm in der Tat krank mache. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien zu großen Teilen sinnvoll. Man müsse sich ernsthafte Gedanken darüber ma-

chen, um was es hier gehe, nämlich um betroffene Anwohner. Es gehe hier gewiss nicht darum, Autofahrer zu diffamieren. Er hoffe auf eine mehrheitliche Zustimmung zu der Vorlage. Man müsse nun im Sinne der Anwohner handeln. Es sei wichtig, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen, um den bestehenden Lärm deutlich reduzieren zu können. Bei der Klausur des Gemeinderats sei einstimmig bekannt worden, dass es in Lörrach insgesamt mehr Wohnungen brauche. Dies setze in der Stadt auch eine engere und dichtere Bebauung voraus. Es brauche auch eine weiterentwickelte Mobilität. Hinsichtlich der bestehenden Hauptverkehrsachsen dürfe es in Zukunft keine Denkverbote geben. Die Verwaltung müsse Verantwortung tragen und sich für die Lärmreduzierung und den Schutz der Anwohner einsetzen. Tempo 30 - Geschwindigkeitsbegrenzungen stellen keine Erlahmung dar. Tendenziell würde der Verkehr bei Tempo 30 flüssiger und ökologischer werden. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Autofahrer würde ohnehin nie die Höchstgeschwindigkeit erreichen. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Escher sagt, dass in den vergangenen Jahren kaum etwas für die Autofahrer in der Stadt getan wurde. Das Parkleitsystem funktioniere schon seit Monaten nicht mehr. Wenn die Durchschnittsgeschwindigkeit der Autofahrer Tempo 30 nicht übersteige, brauche es auch keine weiteren verkehrsrechtlichen Anordnungen. Hinsichtlich der angesprochenen Thematik Wohnbebauung äußert er, dass Straßen in Städten bestimmte Aufgaben zu erfüllen hätten. Die Anliegen der betroffenen Anwohner würde die Fraktion der CDU natürlich ernst nehmen. Jedoch habe die Stadt Lörrach nicht nur 2.000, sondern 48.000 Einwohner. Die Stadt Lörrach sei eine Einkaufsstadt und müsse deshalb auch die notwendige Verkehrsinfrastruktur vorhalten können.

Stadtrat Böhringer wirft ein, dass jeder Fahrschüler zu ökologischem Fahren und zu spritsparender Fahrweise angehalten werde. In Haagen habe das Verkehrsaufkommen und der Lärm in letzter Zeit stark zugenommen. Hieran würde sich aber nichts ändern. Die vorgeschlagenen Maßnahmen halte er insgesamt für sinnvoll.

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass sich Lörrach topografisch nicht in einer glücklichen Lage befinde. Die Anbindung der Innenstadt an die Wiesentalstraße sei der Todesstoß für Lörrach gewesen. Es müsse nun endlich ein vernünftiges Gesamtverkehrskonzept für die Stadt geschaffen werden.

Stadtrat Escher mahnt an, dass man aus der Angelegenheit Wallbrunnstraße lernen müsse. Der Verkehr habe in Stetten zugenommen. Um genauere Aussagen darüber treffen zu können, welche Auswirkungen die Geschwindigkeitsreduzierung in der Wallbrunnstraße in Stetten hat, müssten weitere Verkehrszählungen durchgeführt werden. Man brauche an dieser Stelle weitere Vergleichsgrößen.

Der Vorsitzende verweist auf die weiteren Beratungen.

TOP 10

Neugestaltung und Aufwertung des Hebelparks

Überarbeitete Planung und Kostenberechnung

Vorlage: 139/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein. Er begrüßt Fachbereichsleiterin Buchauer und Frau Kilian vom Fachbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement, die im Weiteren die überarbeitete Planung zur Neugestaltung des Hebelparks vorstellen. Die Verwaltung habe, nachdem die erste Planung zu teuer ausgefallen sei, eruiert, wo mögliche Einsparpotentiale liegen. Nun könne den Gremien eine Minimalvariante vorgelegt werden, die sich finanziell weit weniger auswirke als die ursprünglich vorgesehene Planung. Die Grundzüge der Planung konnten hierbei erhalten werden.

Fachbereichsleiterin Buchauer präsentiert im Folgenden die Planung für die Neugestaltung des Hebelparks (Anlage 3).

Stadträtin Jaenisch bedankt sich für die vorgelegte Planung. Der Hebelpark sei sehr wichtig für Lörrach. Sie begrüße, dass berücksichtigt worden sei, dass der Abschnitt vor der Hebelschule bei Sanierungsarbeiten eventuell noch beeinträchtigt werden könne, weshalb man hier bei der Sanierung zunächst mit Zurückhaltung agieren müsse. Mit den weiteren Maßnahmen müsse zeitnah begonnen werden.

Stadtrat Bernnat signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD.

Stadtrat Lindemer äußert aufgrund der hohen Investitionen Bedenken.

Stadtrat Berg zeigt sich über die Planungen erfreut. Der Hebelpark sei sehr wichtig für das Stadtbild und seine Erneuerung trage erheblich zur Steigerung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt bei. Die innerstädtischen Grünflächen müssten dringend aufgewertet werden. Die geplanten Wasserspiele begrüße er. Ebenso verweist er auf die Anfrage der Fraktion der Grünen, ob es möglich sei, einen Trinkwasserbrunnen im Park zu installieren. Dieser wirke sich nochmals attraktivitätssteigernd auf den Park aus.

Stadtrat Pichlhöfer befindet die Planung in dieser Form als gut. Er wolle jedoch wissen, ob es auf Grund des ursprünglich auf der Parkfläche liegenden Gräberfeldes zu Problemen kommen könnte. Zudem interessiere ihn, wie viele der alten Bäume der neuen Planung weichen und ob die vor kurzem installierten Poller am Eingang der Fußgängerzone wieder entfernt werden müssten.

Der Vorsitzende antwortet und führt aus, dass die Einhaltung der Totenruhe sichergestellt werde, ein ehemaliger Friedhof dürfe nicht bebaut werden, Parkanlagen wären aber zulässig. Es würden die meisten Bäume erhalten werden, vor Allem die Sträucher und Eiben in den Randbereichen des Parks sollen entfernt werden, damit der Park insgesamt etwas aufgehellt wird.

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob darauf geachtet werde, dass die Hebelschule bald saniert werde und ob sich hier eventuelle Schnittmengen bei der Neugestaltung des Parks ergäben.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bereich vor der Hebelschule aus diesen Gründen bei der Planung bewusst ausgespart worden sei.

Stadtrat Escher begrüßt die Vorschläge von Stadtrat Berg. Er könne sich gut vorstellen, dass die Fraktion der CDU mit einer Spende eine kleine Unterstützung für einen Trinkwasserbrunnen beisteuern könne. Er begrüßt zudem die von der Verwaltung vorgeschlagenen Bänke und Sitzmöglichkeiten.

Der Vorsitzende beziffert die Kosten für die Installation eines Trinkwasserbrunnens mit rund 20.000,00 Euro, die jährlichen Wartungs- und Reinigungskosten mit rund 2.500,00 Euro. Man werde auf jeden Fall die notwendigen Anschlüsse verlegen und dann versuchen, die zusätzliche Maßnahme im genehmigten Kostenrahmen aufzufangen. Sponsoren für den Brunnen wären sicherlich hilfreich.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass er dieser Planung nicht zustimmen wolle. Die Verwaltung habe sich mit der Vorlage lange Zeit gelassen.

Der Vorsitzende merkt an, dass die Verwaltung bei der Planung vom Gemeinderat gestoppt worden sei. Leider habe es in der Zwischenzeit auch Preissteigerungen gegeben, die man nun verkraften müsse.

Stadtrat Böhringer schließt sich Stadtrat Lindemer an und moniert, dass die vorgelegten Planungen immer noch viel zu teuer seien.

Stadträtin Martin regt an, dass als Wasserspeier das Modell einer Lerche Verwendung findet.

Der Vorsitzende sagt hierfür eine Prüfung zu.

Stadtrat Pichlhöfer fragt nochmals, ob sich die Planungen auf den vorhandenen Baumbestand auswirken.

Der Vorsitzende erklärt, dass manche Bäume aufgrund der Verkehssicherungspflicht der Stadt entfernt werden müssten, der Bestand insgesamt aber grundsätzlich erhalten bleibe. Auch die große Rotbuche solle erhalten bleiben.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales fasst sodann, bei 11 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der überarbeiteten Planung für die Umgestaltung des Hebelparks durch das Büro AG Freiraum / Freiburg mit einer Kostenberechnung in Höhe von 785.000,- € wird zugestimmt.
2. Die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 244.000,- € und die Deckungsmittel werden genehmigt.

TOP 11

Spiel-/Bolz- und Begegnungsplatz Hammerstraße

Arbeitsvergabe Landschaftsbauarbeiten

Vorlage: 135/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Den Auftrag zur Ausführung der Landschaftsbauarbeiten erhält die Hubert Pfefferle Galabau GmbH aus Münstertal, mit einer Auftragssumme von 308.475,20 € einschl. 19 % Mehrwertsteuer und 6% Nachlass.

TOP 12

Boulevard Belchenstraße, 3. Bauabschnitt-Rampe Eulerstraße, Ausführungsplanung

Vorlage: 138/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Bernnat führt aus, dass es wichtig sei, dass in die Zukunft der Stadt investiert werde. Die Stadt müsse weiterentwickelt werden. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen.

1. Der Ausführungsplanung des Büro Rosenstiel aus Freiburg wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Ausschreibung vorzubereiten und durchzuführen.
3. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass die Planungsvariante zum Bau einer Treppeanlage zu den Bahnsteigen 2 + 3 aktuell nicht weiter verfolgt wird.

TOP 13

Sachstandsbericht über die Ziele im I. und II. Quartal 2015

Vorlage: 122/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

Vom Sachstandsbericht Ziele im I. und II. Quartal 2015 wird Kenntnis genommen.

TOP 14

Straßenbenennung im Baugebiet "Am Soormattbach" in Hauingen

Vorlage: 120/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Planstraße 1 erhält die Bezeichnung „Am Soormattbach“
2. Planstraße 2 erhält die Bezeichnung „Angoraweg“

TOP 15

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Brunnenfest / Slow up / Tag der Demokratie

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass am Samstag, 19. September, das Brunnenfest in Lörrach veranstaltet werde. Ebenso weist er auf die Veranstaltung „Slow up“ am Sonntag, 20. September, sowie auf den Tag der Demokratie am Montag, 21. September hin.

Asphaltarbeiten

Fachbereichsleiter Dullisch gibt bekannt, dass es in der Zeit vom 12. Oktober bis voraussichtlich 23. Oktober 2015 in der Hauinger Straße zu Asphaltarbeiten komme.

Exkursion nach Freiburg

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass einige Vertreter der Verwaltung mit ein bis zwei Vertretern Fraktion am Freitag, 2. Oktober, nach Freiburg fahren wollen, um dort, gemeinsam mit dem Fahrrad-Beauftragten der Stadt Freiburg, über die Einrichtung von Fahrradstra-

Ben ins Gespräch zu kommen. Treffpunkt sei um 12.15 Uhr am Bahnhof Lörrach. Treffpunkt in Freiburg sei gegen 14.00 Uhr am Hauptbahnhof. Gegen 16.30 Uhr werde man wieder nach Lörrach zurückfahren.

TOP 16

Allgemeine Anfragen

Label Energiestadt

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, wie die Stadt die Nutzung von Elektroautos bewerben beziehungsweise fördern wolle.

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung der Anfrage zu.

Schulbus nach Brombach

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, ob im Bereich Homburgsiedlung eine weitere Bushaltestelle eingerichtet werden könne, damit von dort aus Kinder in die Schule mitgenommen werden können.

Der Vorsitzende sagt eine Beantwortung der Anfrage zu.

Anfrage Hans Schöpflin

Stadträtin Martin gibt an, dass Hans Schöpflin bei ihr angefragt habe, wie es mit dem Bau der Sporthalle und des Parkhauses weitergehe.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Schöpflin-Stiftung in diese Fragen gut eingebunden sei.

Fachbereichsleiterin Buchauer ergänzt, dass das Bebauungsplanverfahren in vollem Gange sei. Die Schöpflin-Stiftung sei mit zwei Vertretern sehr gut in der Arbeitsgruppe eingebunden.

TOP 17

Offenlegungen

TOP 17.1

Stromlieferverträge für städtische Abnahmestellen - Vertragsverlängerung für die Lieferjahre 2017 und 2018 - Eilentscheidung durch den Bürgermeister

TOP 17.2

Gasliefervertrag für städtische Abnahmestellen - Vertragsverlängerung für die Lieferjahre 2017 und 2018 - Eilentscheidung durch den Bürgermeister

TOP 17.3

Neuaufnahme eines Darlehens von 2.800.000,00 Euro durch die Stadt Lörrach, Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Eilentscheidung durch den Stadtkämmerer

TOP 17.4

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 11. Juni 2015

TOP 17.5

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt und Technik der Stadt Lörrach am Donnerstag, 11. Juni 2015

TOP 17.6

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtgrün und Friedhöfe der Stadt Lörrach am Donnerstag, 9. Juli 2015

TOP 17.7

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 9. Juli 2015

TOP 17.8

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke der Stadt Lörrach am Donnerstag, 9. Juli 2015

TOP 17.9

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach am Donnerstag, 9. Juli 2015

Z u r B e u r k u n d u n g

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: